

SPITÄLER

BS – SP will Unispital einschränken

 bz – Zeitung für die Region Basel | USB | 13.05.2023

Das Uni-Spital soll Grossinvestitionen vom Grossen Rat absegnen lassen. Ein Experte rät davon ab.

Benjamin Wieland

Das Universitätsspital Basel (USB) plant einen Campus Gesundheit. Mehrere Neubauten sollen entstehen. Kostenpunkt: 1,4 Milliarden Franken. Der SP ist nicht ganz wohl bei der Sache. Sie will das 2012 verselbstständigte Uni-Spital wieder an die kurze Leine nehmen. Künftig soll das USB bei Grossinvestitionen, die 100 Millionen Franken übersteigen, beim Grossen Rat anklopfen müssen. Für das USB ein No-Go. Doch auch ein Experte ist skeptisch.

Urheber der Motion ist SP-Grossrat Stefan Wittlin. «Es geht nicht darum, auf Umwegen die Verselbstständigung des USB wieder rückgängig zu machen», sagt er zur bz. «Ich würde auch nie behaupten, dass wir im Grossen Rat mehr Kompetenz hätten als die Spitalleitung, was ihre Neubauten betrifft. Aber wir können die Entwicklungen aus einer anderen Rolle heraus beurteilen. Und es geht um die finanzielle Verantwortung, die wir als Gesellschaft – trotz Verselbstständigung – weiterhin tragen.»

Im Vorstoss nennt Wittlin das Negativbeispiel Felix Platter Spital. Weil es sich bei seinem Neubau finanziell überschätzt hat, muss der Kanton als Eigner einen Abschreiber von 92,2 Millionen Franken vornehmen. Das wurde im vergangenen März bekannt.

Die Zielmarge erreicht das USB noch längst nicht

Zwar seien die Vorhaben des USB und des Felix Platter Spitals nicht eins zu eins miteinander vergleichbar, sagt Wittlin. Doch für die Finanzierung seiner Neubauten gehe das USB von einer hohen Umsatzrendite von 10 Prozent aus. In der Motion heisst es: «Ob diese bisher nie erreichte Marge für das USB erzielbar sein wird, ist fraglich.»

In der Tat ist das USB vom Ziel noch ein ganzes Stück entfernt: 2022 betrug die Rendite vor Zinsen, Steuern, Abschreibungen und so weiter, die so genannte Ebitdar-Marge, 6,7 Prozent. Das Spital wie auch das Basler Gesundheitsdepartement wollen den Vorstoss auf Anfrage nicht kommentieren. Das USB hat jedoch bei mehreren Gelegenheiten betont, die Neubauten seien nicht «nice-to-have». Man stehe in Wettbewerb mit anderen Uni-Spitälern. Und man benötige mehr Platz. Vorgesehen sind der Ersatz des Klinikums II samt neuem Bettenturm, ebenso ein neuer Hochbau auf der Ostseite des Spitalareals am Rand der Grossbasler Altstadt.

Gar nichts von der Motion hält Heinz Locher. «Das ist gut gemeint, aber hilflos», sagt der Berner Gesundheitsökonom, der auch die Spitallandschaft in der Nordwestschweiz bestens kennt. Zwar stimme es, dass das finanzielle Risiko bei Investitionen von öffentlich-rechtlichen Spitälern der Kanton trage. «Aber dieses Risiko muss man auf andere Wege zu minimieren versuchen: Durch eine klare Governance, durch klare Vorgaben, durch Kontrolle und – falls nötig – durch Intervention.»

Alternative wäre eine Erklärung zum Stand

Er könne zwar nachvollziehen, sagt Locher, dass in der Politik ein Gefühl der Machtlosigkeit herrsche angesichts der Entwicklungen im Spitalwesen. «Den Spitälern aber als Kantonsparlament Vorgaben bei Spitalbauten zu machen, ist nicht stufengerecht.»

Als Alternative empfiehlt Locher, dass der Regierungsrat dem Grossen Rat in einem gewissen Abstand von etwa fünf Jahren eine Erklärung zum Stand des Gesundheitswesens abgibt. «Dann kann das Kantonsparlament das tun, was seine Aufgabe ist: Die grossen Leitlinien ziehen, Grundsatzfragen klären, Schwerpunkte vorgeben.» Nicht zuletzt sei darauf zu schauen, dass Verwaltungsrat und Geschäftsleitung der öffentlich-rechtlichen Spitäler gut besetzt seien.

Stefan Wittlin hingegen sagt, dass man mit der Motion gar kein Neuland beschreite: «In anderen Kantonen ist die Verselbstständigung weniger weit gegangen als in Basel-Stadt.»

Die Eignerstrategie sieht bei grösseren Investitionsvorhaben schon heute ein Mitspracherecht des Regierungsrats vor. Mit dem Vorstoss wäre nun auch explizit ein Parlamentsbeschluss notwendig.

Die Motion hätten auch Vertreter des Grün-Alternativen Bündnisses (GAB), der SVP und der Mitte unterschrieben, sagt Wittlin. «Das zeigt uns, dass der Wunsch nach mehr demokratischer Kontrolle der eigenen Spitäler breit abgestützt ist.»

Gleichen tags erschienen in

- Aargauer Zeitung - Ausgabe Fricktal